

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 20.12.2001
	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, 6. Dezember 2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19.04 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A	<u>Öffentlicher Teil</u>
1.	Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit <i>Seite 4</i>
2.	Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil <i>Seite 4</i>
3.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.10.2001 - öffentlicher Teil 754/2001 <i>Seite 4</i>
4.	Mitteilungen des Vorsitzenden <i>Seite 5</i>
5.	Mitteilungen der Bürgermeisterin <i>Seite 5</i>
6.	Anregung gemäß § 24 GO NW hier: Anregung vom 22.09.2001 a) zur Entschärfung der verkehrlichen Situation im Bereich Anemonenweg und b) zur Vergabe von Kindergartenplätzen Antragsteller: Georg Schlechtriem, Anemonenweg 20, 51427 Bergisch Gladbach 756/2001 <i>Seiten 5 f</i>
7.	Stellungnahme der Stadt zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die

- Wassergewinnungsanlage Köln Höhenhaus**
755/2001 *Seiten 6 f*
8. **Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Abrechnung der Straße Am Ziegelfeld**
742/2001 *Seite 7*
9. **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung hier: § 9 Gebührensatzung**
767/2001 *Seite 7*
10. **Änderung bzw. Anpassung der Gebührensatzung zur Entsorgungssatzung an den Euro; hier: § 3 Gebührensatzung**
765/2001 *Seite 8*
11. **Neufassung der Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**
759/2001 *Seite 8*
12. **II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**
781/2001 *Seiten 8 f*
13. **Änderung der Anlage der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Benutzungsordnung für die Kompostierungsanlage Birkerhof (Preisliste 2002)**
762/2001 *Seite 9*
14. **XIV. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach**
763/2001 *Seite 10*
15. **Anpassung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro; hier: § 5 Gebührensatzung**
758/2001 *Seite 10*
16. **Straßenbauprogramm für das Jahr 2002**
806/2001 *Seite 10*
17. **Studienarbeit im Klärwerk Beningsfeld zur Optimierung der Klärgasproduktion**
766/2001 *Seite 11*
18. **Parksituation Nußbaumer Straße in Höhe Gartencenter Selbach
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Mai 2001**
671/2001 *Seite 11*
19. **Verkehrsführung Schlossstraße zwischen Gladbacher Straße und Schlossallee/**

Nikolausstraße

**Antrag der Interessengemeinschaft Bensberger Handel und Gewerbe e.V. vom
07. Juni 2001**

672/2001

Seite 11

- 20. Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2001, eingegangen am 05.11.2001, zum
Straßenzug "In der Auen"**
790/2001 *Seiten 11 f*
- 21. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 19.11.2001 zur ZONE 30 Brandroster/Halben-
morgen**
822/2001 *Seiten 12 f*
- 22. Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur im B-Plan-Entwurf 5121 - Berzeliusstraße -
geplanten Rechtsabbiegespur in die Berzeliusstraße**
772/2001 *Seiten 13 ff*

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der 6. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Wolfgarten beantragt zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt A 20 (Antrag der SPD-Fraktion zum Straßenzug In der Auen) zu vertagen. Die Bürgerinitiative Refrath habe sich in der Angelegenheit an das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gewandt. Eine abschließende rechtliche Bewertung des Ministerium stehe noch aus. Sie sei nach seiner Kenntnis erst im Januar 2002 zu erwarten. Eine Beratung sei seiner Fraktion erst nach Vorliegen der Bewertung möglich.

Herr Waldschmidt macht darauf aufmerksam, dass § 16 der Geschäftsordnung je einem Ratsmitglied pro Fraktion das Recht gibt, zur Sache zu sprechen. Erst dann könne ein Vertagungsantrag gestellt werden. Daher sei Herr Wolfgartens Antrag zu diesem Zeitpunkt unzulässig.

Herr Ziffus schließt sich dem an.

Der Vorsitzende stellt sodann fest, dass die weitere Beratung zu dem angesprochenen Tagesordnungspunkt stattfindet.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

Herr Dr. Fischer erinnert an zwei unerledigte Punkte aus der letzten Sitzung. Zum einen handele es sich um seine Frage auf Seite 6 der Niederschrift, ob ein Grundstücksverkauf in den Vermögensplan einzustellen sei. Außerdem werde auf Seite 13 angekündigt, dass über den Antrag „Verkehrsfluss statt Stau“ ein Statusbericht vorgelegt werde.

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass zur ersten Frage vor etwa drei Tagen ein Schreiben an Herrn Dr. Fischer abgegangen sei.

Herr Hardt sagt die Erledigung des zweiten Punktes für die nächste Sitzung zu.

Herr Waldschmidt kritisiert die Formulierung zu Punkt 6 auf Seite 4. Er habe nicht gesagt, dass die Zwischenberichte drei Monate nach dem Stichtag vorgelegt werden, sondern dass sie vorgelegt werden *sollten*. Gleichfalls sei die Formulierung auf Seite 7 zu Punkt 10 irreführend. Richtig sei, dass wegen des neuen Fahrzeuges allenfalls die *Arbeitgeber* Probleme mit den Arbeitsschutzbestimmungen bekommen würden, aber nicht die Arbeitnehmer. Er wolle wissen, ob die Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden.

Die Verwaltung sagt zu, die vorgetragenen Änderungen in der Niederschrift zu vermerken.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.10.2001 - öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Sitzung für Herrn Werner die letzte sei, da er aus dem aktiven Dienst ausscheide. Er bedankt sich für die langjährige Zusammenarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

6 Anregung gemäß § 24 GO NW hier: Anregung vom 22.09.2001

a) zur Entschärfung der verkehrlichen Situation im Bereich Anemonenweg und

b) zur Vergabe von Kindergartenplätzen

Antragsteller: Georg Schlechtriem, Anemonenweg 20, 51427 Bergisch Gladbach

Herr Wolfgarten hält einen Gehweg an dieser Stelle nicht für unbedingt notwendig. Er beantragt für die CDU-Fraktion die Markierung eines Gehweges auf der Fahrbahn.

Herr Dr. Steffen spricht sich für zahlreichere Verkehrskontrollen aus, um die vom Antragsteller unterstellten Geschwindigkeitsbeschränkungen unter Kontrolle zu bekommen. Die Stadt könne den Kreis mit diesen Kontrollen beauftragen. Seine Fraktion halte die Verlängerung des Gehweges für angemessen.

Hierzu verweist Herr Widdenhöfer darauf, dass die Stadt selbst keine Geschwindigkeitskontrollen durchführe. Die gesetzlichen Grundlagen lassen Kontrollen vor Schulen und Kindergärten sowie an Unfallschwerpunkten zu. Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Regelmäßige Kontrollen sind in dieser Straße also nicht möglich.

Auf Anfrage Herrn Waldschmidts erläutert Herr Hardt die Vorlage anhand von Fotos.

Herr Waldschmidt hält den Vorschlag Herrn Wolfgartens für schwächere Verkehrsteilnehmer nicht für ausreichend, da es sich hier um eine Gefahrenstelle handele. Eine Markierung auf der Fahrbahn würde von Autofahrern überfahren und stelle daher keine Verbesserung dar. Die SPD-Fraktion spreche sich daher für den Bürgersteig aus, zumal die Arbeiten von städtischen Mitarbeitern ausgeführt werden könnten.

Herr Ziffus spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls für die Anlage des Bürgersteigs aus.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Hardt, die Fahrbahnbreite lasse die Markierung eines 1 m breiten Gehweges zu, wobei die verbleibende Straßenbreite für einen Begegnungsverkehr von Pkws ausreichend sei. Herr Marx ergänzt, dass eine Markierung nur durch eine entsprechende Beschilderung Rechtskraft erlange. Problematisch sei jedoch die Frage, wo dieses Schild aufgestellt werden könne. In jedem Falle blieben die Nutzer dieses markierten Weges den Gefahren des fließenden Verkehrs ausgesetzt.

Frau Kreft beantragt für die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit 10 Stimmen der CDU-Fraktion gegen 8 Stimmen der übrigen Fraktionen)

Der Antrag, einen Gehweg mit Hochbordstein anzulegen, wird abgelehnt.

Es stimmten wie folgt:

Herr Scheeloch: ja
Herr Waldschmidt: ja
Frau Kreft: ja
Herr Schäfer: ja
Herr Schüller: ja
Herr Dr. Fischer: ja
Herr Ziffus: ja
Herr Dr. Steffen: ja
Herr Keppel: nein
Frau Reudenbach: nein
Herr Sprenger: nein
Frau Schu: nein
Herr Jung: nein
Herr Wolfgarten: nein
Herr Dr. Kassner: nein
Herr Kierspel: nein
Herr Willnecker: nein
Herr Kremer: nein

2. (einstimmig bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktionen)

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird beschlossen, durch eine Markierung einen Gehweg vom Fahrbahnbereich abzutrennen.

Es stimmten wie folgt:

Herr Scheeloch: Enthaltung
Herr Waldschmidt: Enthaltung
Frau Kreft: Enthaltung
Herr Schäfer: Enthaltung
Herr Schüller: ja
Herr Dr. Fischer: ja
Herr Ziffus: ja
Herr Dr. Steffen: ja
Herr Keppel: ja
Frau Reudenbach: ja
Herr Sprenger: ja
Frau Schu: ja
Herr Jung: ja
Herr Wolfgarten: ja
Herr Dr. Kassner: ja
Herr Kierspel: ja
Herr Willnecker: ja
Herr Kremer: ja

7 Stellungnahme der Stadt zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Köln Höhenhaus

Auf Bitten Herrn Ziffus' erläutert Herr Sterzenbach die Vorlage.

Herr Waldschmidt kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung. Es sei ihm nicht nachvollziehbar, dass nicht zumindest in der Ausschusssitzung am 04.10. eine Vorlage gefertigt wurde. Er möchte wissen, warum der politische Raum in keiner Weise an dieser Stellungnahme beteiligt wurde.

Herr Sterzenbach akzeptiert die Kritik an der Verwaltung. In der Tat hätte in der Sitzung am 04.10. eine Information an den Ausschuss erfolgen können. Für die Zukunft sagt er dies zu.

Herr Ziffus schließt sich der Kritik Herrn Waldschmidts an, wobei er sich der Stellungnahme selbst

anschließt. Das Wasserschutzgebiet decke sich weitgehend mit den Strukturen der Paffrather Kalkmulde. Dies werde in der Wasserschutzzone 3 b nachvollzogen. Daraus ergäben sich für ihn einige Fragen, z. B., ob es in der neu ausgewiesenen 3 b-Zone Problemfelder gebe, die die Verwaltung zum Handeln zwingen würden. Er denke hier an Altlasten oder Schmutzwassereinleitungen in Gewässer. Letztere seien in einer 3 b-Zone nicht erlaubt. Weiterhin weist er darauf hin, dass sowohl am Wasserwerk Erkerühle als jetzt auch am Wasserwerk Höhenhaus eine Ausdehnung bis zu einer Wasserscheide vorliege. Daraus folgere er, dass die auch für das Wasserwerk Refrath anstehe, was aber aufgrund der elf Schmutzwassereinleitungen in Bensberg und der Altlast im Bereich Zinkhütte zu massiven Problemen führen werde.

Herr Sterzenbach erklärt zur ersten Frage, dass alle in Betracht kommenden Verwaltungsbereiche beteiligt worden seien und über Problemfelder dabei nichts bekannt geworden sei. Andere Absichten der Bezirksregierung seien der Verwaltung nicht bekannt. Er schlage vor, diese Fragen so weit wie möglich in einer Anmerkung zur Niederschrift dieser Sitzung zu beantworten.

Herr Wolfgarten hält die Diskussion für müßig, da lediglich der bestehende Zustand bestätigt wurde. Vorteilhaft sei allerdings, dass etwas weniger Stadtgebiet in Anspruch genommen wird.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt der Stellungnahme der Verwaltung an die Bezirksregierung in der in der Vorlage aufgeführten Fassung zu.

8 **Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Abrechnung der Straße Am Ziegelfeld**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Abrechnung der Straße Am Ziegelfeld in der Form des beigefügten Satzungstextes.

9 **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung hier: § 9 Gebührensatzung**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die XIII. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) gemäß der beigefügten Vorlage einschließlich der Kalkulation zu beschließen.

10 Änderung bzw. Anpassung der Gebührensatzung zur Entsorgungssatzung an den Euro; hier: § 3 Gebührensatzung

Herr Sterzenbach weist darauf hin, dass auf Seite 35 der Einladung unter der Zeile:

„b) Kleinkläranlagen 16,92 €“ ergänzt werden muss: „je m³ abgefahrener Anlageninhalt“.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die II. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen gemäß der beigefügten Vorlage zu beschließen.

11 Neufassung der Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Dr. Steffen erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Vorlage zu. Durch die Einführung der Papiertonne werde eine höhere Erfassungsquote für Altpapier erreicht. Gleichzeitig die diese Art der Sammlung zum Wohle der Müllwerker. Der geplante Recyclinghof führe ebenfalls zu einer höheren Wertstoffeffassung. Auch entstünden durch die Papiertonnen keine Mehrkosten.

Herr Carl weist darauf hin, dass auf Seite 40 irrtümlich die beiden ersten Beträge noch in DM ausgewiesen wurden. Für den 120 l- oder 240 l-Behälter werden **15 €**, für den 1.100 l-Behälter **30 €** erhoben.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

12 II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)

Der Vorsitzende verweist auf die verteilte Vorlage, die aufgrund des BAV-Urteils geändert wurde.

Herr Carl erläutert diese Vorlage.

Herr Ziffus lobt die Vorgehensweise der Verwaltung bezüglich der erfolgreichen Klage. Hinsichtlich der Verwendung der Mittel spricht er sich ebenfalls für die von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise aus, da sie den Bürgerinnen und Bürgern zugute komme. Die Stärkung des Eigenkapitals sei ebenfalls sinnvoll, da der Abfallwirtschaftsbetrieb über ein nur sehr geringes Eigenkapital verfüge. Auch bei den möglicherweise noch eingehenden Beträgen müsse genau geprüft werden, ob sie nicht den Rücklagen zugeführt werden könnten. Dies käme mittelfristig den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Auch die Kalkulation selbst begrüßt Herr Ziffus ausdrücklich. Im Vergleich zu anderen Städten seien die Gebühren in Bergisch Gladbach ausgesprochen niedrig.

Herr Waldschmidt erklärt, auch die SPD-Fraktion begrüße das Urteil. Die Gebührenverwendung wird

von ihm ebenfalls befürwortet. Weiterhin geht er davon aus, dass wegen der noch zu erwartenden Beträge das Thema bald wieder Beratungsgegenstand in diesem Ausschuss sein werde. Bei der Verwendung dieser Mittel solle der Wirtschaftsprüfer zurate gezogen werden.

Herr Wolfgarten ist für die CDU-Fraktion mit der Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden und begrüßt die im nächsten Jahr gleichbleibenden Gebühren.

Herr Dr. Steffen kritisiert die Vorgehensweise des BAV.

Herr Dr. Fischer schließt sich den Äußerungen Herrn Ziffus' an. Er verweist darauf, dass die Unterdeckung beim Restmüll vor allem durch den Subventionsbetrag beim Biomüll entstanden ist. Als Folge der Subventionierung ist das Behältervolumen erheblich gestiegen. Er möchte wissen, ob es dafür erkennbare sachliche Gründe gebe. Weiterhin möchte er wissen, ob die Rückzahlungen verzinst werden.

Herr Carl bedankt sich zunächst für das Lob des Ausschusses. Er weist darauf hin, dass bei eventuellen späteren Rückzahlungen die Rechtslage zu beachten sei. In die Rücklage können nur die Beträge für die nicht ausgleichspflichtigen Jahre gegeben werden. Eine Verzinsung der Erstattungsbeträge erwarte er nicht. Er rechne ohnehin nicht mit größeren Erstattungen, sondern allenfalls mit nur geringen Nachzahlungen des Abfallwirtschaftsverbandes, da er etwa 1 Mio. DM zurückbehalten habe. Die Unterdeckung im Bioabfallbereich ist auf die erneute Quersubventionierung der Biotonne zurückzuführen. Durch diese Quersubventionierung habe es einen Run auf Biotonnen mit dem entsprechend hohen Subventionsbedarf gegeben.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst zur geänderten Vorlage folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die II. Nachtragsatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Gebührenkalkulation vom 16.11. / 30.11.2001 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die zu erwartende Erstattung von Gebühren für die Entsorgung von Sondermüll und Grünabfällen aus den Jahren 1995 und 1996 durch den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Aus der allgemeinen Rücklage wird ein Betrag in Höhe von 197.414,46 DM (100.936,41 €) zum Ausgleich der sich aus der Abrechnung der Abfallbeseitigungsgebühren 2000 ergebenden Unterdeckung in der Sparte „Restmüll Haushalte“ entnommen.

13 **Änderung der Anlage der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Benutzungsordnung für die Kompostierungsanlage Birkerhof (Preisliste 2002)**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Anlage der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Benutzungsordnung für die Kompostierungsanlage Birkerhof wird entsprechend der Fassung des beiliegenden Entwurfs geändert.

14 **XIV. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehrs fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die XIV. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Die Gebührenkalkulation vom 12.11.2001 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

15 **Anpassung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach an den Euro; hier: § 5 Gebührensatzung**

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach die III. Nachtragsatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach gemäß der beigefügten Vorlage zu beschließen.

16 **Straßenbauprogramm für das Jahr 2002**

Herr Wolfgarten erklärt, die CDU-Fraktion könne das Straßenbauprogramm beraten und zur Kenntnis nehmen, ein Beschluss könne aber nur vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen erfolgen.

Herr Jung beantragt, das Programm demnächst anstelle einer gesonderten Vorlage in den Wirtschaftsplan einzuarbeiten.

Herr Sterzenbach erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und sagt dies für die Zukunft zu.

Herr Ziffus stimmt diesem Verfahren für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls zu. Er bitte aber um getrennte Abstimmung, da sich seine Fraktion bei den Maßnahmen Altrefrath und Am Vorend enthalten werde, da seine Fraktion gegen diese Bebauungspläne sei.

Herr Waldschmidt stimmt für die SPD-Fraktion dieser Vorgehensweise ebenfalls zu, um nicht schon den Haushaltsplanberatungen vorzugreifen.

Im Einvernehmen mit den jeweiligen Antragstellern fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt das Straßenbauprogramm 2002 zur Kenntnis.

17 Studienarbeit im Klärwerk Beningsfeld zur Optimierung der Klärgasproduktion

Herr Werner erläutert die Vorlage, die ansonsten zur Kenntnis genommen wird.

**18 Parksituation Nußbaumer Straße in Höhe Gartencenter Selbach
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Mai 2001**

Herr Ziffus erklärt, seine Fraktion halte die Parkverbote entlang der Nordseite für möglich, da die Friedhofsbesucher entlang der Westseite des Friedhofes zur Straße Steinenkamp hin sehr gute und ausreichende Parkmöglichkeiten hätten. Die Straße sei im Bereich des Gartencenters sehr eng. Eine Parkverbotsbeschilderung halte er für sinnvoll und möglich.

Herr Widdenhöfer erklärt, ausschlaggebend sei, ob die Aufstellung eines Verkehrsschildes zwingend geboten sei. Davon gehe man auch nach Auffassung in der Verkehrsbesprechung derzeit nicht aus. Weder der Individualverkehr noch der ÖPNV habe derzeit größere Schwierigkeiten. Allerdings werde auch im Hinblick auf die Querungshilfe diese Angelegenheit weiter beobachtet.

Herr Waldschmidt hält die Aufstellung dieser Schilder ebenfalls nicht für zwingend erforderlich, spricht sich für die SPD-Fraktion aber ebenfalls für eine weitere Beobachtung aus. Insbesondere mit dem ÖPNV solle Kontakt gehalten werden.

Die Vorlage wird so zur Kenntnis genommen.

**19 Verkehrsführung Schlossstraße zwischen Gladbacher Straße und Schlossallee/ Nikolausstraße
Antrag der Interessengemeinschaft Bensberger Handel und Gewerbe e.V. vom 07. Juni 2001**

Herr Sprenger verweist für die CDU-Fraktion auf den ursprünglichen Antrag der IBH. Seine Fraktion nehme die Vorlage zur Kenntnis, halte die Situation zwischen Schlossforum und Lederwaren Offermann aber weiterhin für bedenklich. Daher spreche sich seine Fraktion dafür aus, dass die Verwaltung mit der IBH wegen der weggefallenen Parkplätze das Gespräch zu suchen, um dort eine Verbesserung zu erreichen.

Frau Kreft begrüßt die Vorlage, da die Bedenken der SPD-Fraktion in der Planung widerspiegelt hat.

20 Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2001, eingegangen am 05.11.2001, zum Straßenzug "In der Auen"

Herr Waldschmidt verteidigt nochmals die Einrichtung der Zone 30 in der Straße In der Auen und kritisiert deren Aufhebung. Für die heutige Sitzung schlage die Verwaltung nunmehr vor, wie diese Zone 30 möglicherweise doch zu erhalten sei. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen seien unproblematisch durchzuführen. Allerdings halte er die Kosten für die baulichen Maßnahmen für zu hoch angesetzt. Es sei nicht erforderlich, sämtliche Kreuzungen umzubauen. Vielmehr sollen nicht mehr als zwei bis drei Kreuzungen hintereinander mit dem Verkehrszeichen 301 beschildert werden. Bei einer solchen Beschilderung und einem Umbau von drei Kreuzungen seien Kosten von 15.000,-- DM ausreichend. Dies halte die SPD-Fraktion für angemessen, um die Zone 30 zu erhalten. Der Behauptung, die Straße In der Auen sei eine Hauptverkehrsstraße mit erheblichem Durchgangsverkehr, stünden die seinerzeitigen Zählergebnisse entgegen. Über einen Anteil von 17,5

% komme der Anteil des Durchgangsverkehrs in dieser Straße nicht hinaus. Daher fordere seine Fraktion eine Entscheidung zugunsten der Zone 30.

Herr Widdenhöfer weist auf die vorangegangene sehr sorgfältige Prüfung aller Straßen im Stadtgebiet hinsichtlich der Beibehaltung von Zonen 30 hin. Das Ergebnis sei in einer sachgerechten Vorlage dargestellt worden. Alternative Maßnahmen, z. B. streckenbezogenes Tempo 30, seien auch schon in der damaligen Vorlagen dargestellt worden. Die vorliegenden Stellungnahmen der verschiedenen Behörden kommen zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für eine Zone 30 hier nicht vorliegen. Daher halte er den Vorschlag Herrn Wolfgartens für sinnvoll, die Überprüfung des Ministeriums abzuwarten. Seitens des Ministeriums sei im zugesagt worden, spätestens im Januar der Bürgerinitiative eine Stellungnahme zuzuleiten. Die Verwaltung erhalte eine Kopie der Stellungnahme. Angesichts dessen könne für die nächste Ausschusssitzung eine neue Vorlage erstellt werden.

Herr Ziffus hält es nach den bisherigen Diskussionen aus den verschiedenen Ausschüssen für möglich, den § 45 StVO in beide Richtungen auszulegen. Als Folge sehe er einen politischen Handlungsspielraum. Herr Waldschmidt habe präzise die Maßnahmen beschrieben, die zur Schaffung dieses Handlungsspielraumes erforderlich seien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei hinsichtlich dieser Maßnahmen wie auch in der Beurteilung als Hauptverkehrsstraße der Meinung Herrn Waldschmidts. Die Straße Beningsfeld sei eine derart enge Durchführung, dass es sich nicht um eine optimale Anbindung an die Straße Halbenmorgen z. B. Richtung Dellbrück handele. Auch die Bernard-Eyberg-Straße als Zufahrt aus Richtung Dolmanstraße sei keine gute Durchgangsstraße. Auch die von Herrn Waldschmidt genannten Zahlen würden belegen, dass die Straße In der Auen im wesentlichen als Erschließungsstraße für die umliegenden Wohngebiete diene. Seine Fraktion sei daher der Meinung, dass diese Straße nicht als Durchgangsstraße geführt werden müsse. Vielmehr sei sie bereit, die anfallenden Kosten in Höhe von 15.000,-DM zur Verfügung zu stellen. Die Aufhebung der Zone 30 könne allerdings dazu führen, dass sich diese Straße zu einer Hauptverkehrsstraße entwickelt.

Herr Dr. Fischer erklärt, die F.D.P.-Fraktion stehe nach wie vor zum Verbleib der Straße In der Auen in der Zone 30. Die Einlassungen der Verwaltung seien für ihn nicht so überzeugend, dass eine Änderung zwingend erforderlich sei. Er verweist im Vorgriff auf den nächsten Tagesordnungspunkt darauf, dass die Verwaltung beim Straßenzug Halbenmorgen derzeit keine Änderung beabsichtige, obwohl es dort ebenfalls einen entsprechenden Beschluss gegeben habe. Insofern stimme er den Einlassungen der SPD-Fraktion nach einer gründlichen Prüfung zu.

Herr Schmickler erklärt, dass die Verwaltung beim nächsten Tagesordnungspunkt keineswegs von ihrer rechtlichen Einschätzung abgerückt sei. Vielmehr solle bei beiden Straßenzügen geprüft werden, inwieweit die Zonen 30 durch streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen ersetzt werden könnten, wenn die Zonen 30 nicht zu erhalten seien. Ziel der Maßnahmen sei in jedem Fall eine möglichst hohe Verkehrssicherheit.

Die Verwaltung werde sich auch zukünftig rechtskonform verhalten. Insofern werde sie die Stellungnahme des Ministeriums abwarten.

Herr Waldschmidt stimmt dem zu Anfang der Sitzung gestellten Vertagungsantrag Herrn Wolfgartens zu in der Hoffnung, in der nächsten Sitzung zu einer abschließenden Entscheidung im Sinne der Bürger zu kommen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion KIDinitiative)

Die Entscheidung wird in die nächste Sitzung vertagt.

21 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 19.11.2001 zur ZONE 30 Brandroster / Halbenmorgen

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers weist Herr Widdenhöfer darauf hin, dass der Straßenzug Brandroster/Halbenmorgen zum Vorfahrtsstraßennetz gehöre und einen recht bedeutenden Durchgangsverkehr aufweise. Da es sich teilweise um enge Straßen handelt, wird in einer der nächsten

Verkehrsbesprechungen vor Ort geprüft, wo ein streckenbezogenes Tempo 30 angeordnet werden muss. Nach seiner Auffassung trifft dies hier für einen größeren Streckenabschnitt zu. Wenn es in der Straße In der Auen zu einem streckenbezogenen Tempo 30 käme, sollten die Erfahrungen abgewartet werden.

Herr Dr. Fischer weist ergänzend darauf hin, dass die F.D.P.-Fraktion auch hinsichtlich der Golfplatzstraße erhebliche Bedenken gegen eine Änderung habe. Die Autofahrer, die von Bensberg kommend die Golfplatzstraße befahren, würden mit überhöhter Geschwindigkeit in die Golfplatzstraße im Bereich Altrefrath hereinfahren, wenn dort keine Beschränkung mehr existiert.

Herr Widdenhöfer hegt keine Absichten, hinsichtlich Brandroster/Halbenmorgen eine neue Beschlusslage herbeizuführen. Es soll lediglich über die Ersatzmaßnahmen unterrichtet werden. Herrn Dr. Fischers Einwand hinsichtlich der Golfplatzstraße sei berechtigt. Am Ortseingang der Straße sei aber schon eine Aufpflasterung als Bremse vorhanden.

Herr Wolfgarten erklärt, die CDU-Fraktion habe in der Juni-Sitzung den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzen wollen, dass alle aus der Zonenregelung herauszunehmenden Straßenzüge dahingehend überprüft werden, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit ein streckenbezogenes Tempo 30 geprüft wird. Das Ergebnis sollte dem Ausschuss vorgetragen werden. Genau dies sei bei diesem Antrag geschehen. Die CDU-Fraktion sei daher mit der Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden.

Herr Waldschmidt möchte es vermeiden, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Herr Schmickler weist auf die klare Beschlusslage mit den daraus resultierenden Prüfungen hin. Diese Prüfergebnisse werden dem Ausschuss vorgestellt.

22 Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur im B-Plan-Entwurf 5121 - Berzeliusstraße - geplanten Rechtsabbiegespur in die Berzeliusstraße

Herr Dr. Fischer begründet die Anfrage seiner Fraktion und erklärt, er halte die Antwort für zufriedenstellend. Er würde die Antwort an die Bürgergemeinschaft weitergeben und ggfs. darauf zurückkommen.

Herr Waldschmidt weist auf erheblichen Unmut der Lückerather Bevölkerung anlässlich einer Ortsbegehung hin. Sollte die einzurichtende Rechtsabbiegespur nicht signalisiert werden, würde der Durchgangsverkehr durch Lückerath zunehmen. Vorstellbar sei aber eine Abbiegemöglichkeit für den Bus als Erleichterung für den ÖPNV.

Herr Schmickler verweist auf die mit den Lückerather Bürgern begonnenen Gespräche, deren weiterer Verlauf hoffentlich zur Ausräumung bestehender Zweifel beitrage. Ziel sei nicht, zusätzliche Verkehrsströme durch Lückerath zu lenken, sondern lediglich, schon bestehende Verkehrsströme schneller abzuwickeln. In diesem Sinne seien die Überlegungen ein Beitrag zum Thema „Verkehrsfluss statt Stau“. Negative Folgen sollen vermieden werden. Im Rahmen der Abwägungen des Bebauungsplanes wird auch geprüft, ob Lösungsvorschläge aus der Bevölkerung alternativ umgesetzt werden können.

Herr Ziffus hält es für erforderlich, den Lückerathern Alternativen anzubieten. Dazu sei die Buslinie durch Lückerath nach seiner Auffassung nicht geeignet. Zusätzlichen Durchgangsverkehr in Richtung Bergisch Gladbach befürchte er nicht.

Herr Waldschmidt befürchtet, dass bei einer Verlagerung von Durchgangsverkehr in einigen Jahren für Lückerath die gleiche Diskussion geführt wird wie jetzt für die Straße In der Auen.

mündliche Anfragen

Herr Ziffus:

1. Gelegentlich fahre ich mit der Linie 454 von Benberg nach Bergisch Gladbach. Weder

hinsichtlich der Verkehrsführung noch die Frequentierung betreffend ist diese Linie „das Gelbe vom Ei“. Vor einiger Zeit wurde darüber diskutiert, eine Buslinie von Bensberg über die Saaler Straße zu führen und weiter in Richtung Refrath über die Golfplatzstraße. Als Option wurde eine Verlängerung über die Straße Halbenmorgen, da dieses Gebiet weitab von jeder Erschließung durch den ÖPNV ist. Weiterhin könne diese Linie dann Richtung Dellbrück/S-Bahn bzw. Stadtbahn geführt werden. Diese Linie würde eine Relation zwischen Bensberg und Dellbrück unter Anbindung des Mediterana eröffnen. Die Querverbindung sei auch keine Verschlechterung für die Bürgerinnen und Bürger, da die Anwohner des Neufeldweges und des Lückerather Weges nur etwa 300 m bis zur Saaler bzw. zur Kölner Straße. Hat die Verwaltung darüber nachgedacht, eine solche Änderung der Linienführung der Linie 454 anzuvisieren?

2. Es gab im Kreis eine Diskussion um die sog. Biologische Station des Rheinisch-Bergischen Kreises. Welche Immobilien wurden von der Stadt angeboten? Wie stellt sich die Stadt zu dieser Frage bei einer positiven Entscheidung im Kreis?

Herr Schmickler sagt schriftliche Antworten auf beide Fragen zu. Er weist darauf hin, dass für Fragen zum ÖPNV der Hauptausschuss zuständiges Gremium sei.

Herr Waldschmidt:

Durch das derzeit schlechte Wetter ist mir aufgefallen, dass im Bereich der Haltestelle Markt in Höhe der Fußgängerzone Wasserlachen bilden. Die Fahrspur dort ist erheblich deformiert; wenn dort Busse entlang fahren, spritzt es. Woran liegt das? Hat sich der Unterboden gesenkt? Gibt es einfache und nicht zu kostenträchtige Maßnahmen, diesem Missstand abzuwenden?

Herr Schmickler verweist darauf, dass für eine Instandsetzung Mittel zur Verfügung stünden und ein planerisches Konzept vorliege. Es stehe allerdings noch eine Abstimmung zur Thematik Überdachung der Wartebereiche aus. Er hoffe, dass dies in Bälde gelinge. Mit der Neuverlegung des Belags würde auch das Problem der zu knappen Fußgängeraufstellflächen auf der Westseite gelöst.

Frau Kreft:

1. Meine erste Frage bezieht sich auf eine bürgerfreundliche Sperrmüllabholpraxis. Es sind mehrere Beschwerden laut geworden, dass in Zeiten, in denen ein Kollege krank sei, keine telefonische Beratung möglich war. Wie kann im Sinne der Bürgerfreundlichkeit dem Bedürfnis nach schneller persönlicher Beratung zur Art des Sperrmülls und einer Terminabsprache Rechnung getragen werden?

Herr Carl weist darauf hin, dass es sich hier um ein Dauerproblem handelt, da für diese Aufgabe nur ein Mitarbeiter zur Verfügung steht. Bis Ende August wurden 18.000 Aufträge angenommen und eingetragen. Ein Problem habe es mit einer noch nicht richtig eingearbeiteten Kollegin während des Urlaubs des eigentlich zuständigen Kollegen gegeben. Dies würde sich mit zunehmender Erfahrung aber ändern. Wegen der personellen Kapazitäten sei keine Änderung möglich. Daher wurden die Bürger um verstärkte schriftliche Anmeldung – auch über das Internet – gebeten.

Frau Kreft bittet ergänzend um Auskunft, wie eine bessere persönliche Beratung erfolgen könne und ob nicht andere Möglichkeiten zur Problemlösung bestehen. Daher halte sie weitere Überlegungen und eine schriftliche Antwort für sinnvoll.

Herr Carl verweist darauf, dass die Probleme nicht nur personeller, sondern auch räumlicher Natur sind. Andere Überlegungen, z. B. Annahmen durch die Bürgerbüros durchführen zu lassen, haben sich als nicht durchführbar erwiesen.

2. Seit neustem kann man vom Wickenpfädchen nur noch nach rechts in die Dolmanstraße abbiegen. Warum ist diese Änderung erfolgt? Kann die Änderung evtl. rückgängig gemacht werden? Nach ihrer Einschätzung sei es verkehrsentlastend, auch nach links abbiegen zu können, zumal die Schranke sehr oft geschlossen sei.

Herr Marx erklärt, die gegenwärtige Regelung bestehe schon seit einigen Jahren. Es handele sich hier um einen sensiblen Bereich (Buslinie 452, Straßenbahn). Er könne daher keine kurzfristige Änderung Versprechen; vielmehr müsse dieser Vorschlag gründlich geprüft werden. Das Ergebnis der Prüfung werde schriftlich mitgeteilt.

Herr Dr. Fischer:

1. Meine erste Frage befasst sich mit der Unterführung in Obersaal unter der alten Eisenbahnstrecke hindurch. Kann man dort nicht zusätzlich etwas für die Sicherheit tun? Dort gehen Fußgänger, auch alte Leute, durch. Es ist sehr eng und kurvig; man kann nicht sehen, ob Gegenverkehr kommt. Z. B. könne dort ein Spiegel angebracht werden.

Herr Schmickler sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

2. Meine zweite Frage betrifft die sog. Pferdewiese. Während einer Bürgerversammlung wurde die Frage gestellt, wer für die Pflege zuständig sei, nachdem sie im Rahmen der Ersatzmaßnahmen in eine Obstwiese umgewandelt worden sei. Gerüchteweise sei von einem Verwaltungsmitarbeiter erklärt worden, es sollten Baumpaten gewonnen werden. Dies habe zu starken Protesten geführt. Wer ist – ganz generell – für diese Dinge zuständig?

Herr Schmickler erklärt, grundsätzlich werde diese Fläche in die Pflegeverantwortung der Stadt übergehen. Die Stadt stehe aber einer privaten Beteiligung an der Pflege solcher Flächen natürlich positiv gegenüber. Wie dies geschehen könne, werde zu gegebener Zeit geprüft.

3. Meine letzte Frage richte ich an Herrn Werner: Es ist wohl eine mündliche Zusage gemacht worden, den Regenwasserkanal im Lückerather Weg zwischen den Häusern 74 und 68 wegen des Zubaus des Luchsfeldes und den Überschwemmungen des letzten Jahres zu erweitern. Ist dies wirklich geplant? Wann kommt das?

Herr Wagner erklärt, dass infolge eines Ortstermins zur Terminierung eine schriftliche Stellungnahme zugesagt und des Inhalts erteilt wurde, dass spätestens im ersten Halbjahr 2003 dieser Kanal realisiert werde. In einem späteren mündlichen Termin habe er betont, das Abwasserwerk sei bemüht, die Maßnahme noch weiter nach vorne zu ziehen.

Herr Sprenger:

1. Die Verwaltung möge bitte prüfen, ob die Außensportanlage der JGR als Veranstaltungsparkplatz hergerichtet werden kann. Diese Außensportanlage wird derzeit nicht genutzt; zukünftig werden die JGR und das AMG eine Anlage nutzen. Es sollten möglichst geringe Mittel aufgewandt werden. Dadurch sollte den Anwohnern der Straße Kaule bei Veranstaltungen der Parkdruck genommen werden.
2. Weiterhin möchte ich wissen, warum die Straße Klausenberg in Richtung Stockbrunnen durch einen Pfeiler abgebunden wurde. Warum wurden die wenigen Anwohner dieser Straße nicht vorher informiert?

Der Vorsitzende, Herr Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.03 Uhr.

Kremer
Vorsitzender
Schriftführer

Fedder

Vorsitzender

Schriftführer